



**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

überall in der Welt und auch im eigenen Land stehen derzeit verantwortungsvolle Entscheidungen an. Die Bekämpfung und Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise dominieren die tägliche Berichterstattung, abgesehen von den zahlreichen Krisen im nahen Osten.

Nachhaltige Gesetze und Maßnahmen sollten zukünftig dafür sorgen, dass der Euro stabileren Zeiten entgegen geht, doch scheint dies trotz der „zahlreicher Experten“ die sich zu diesem Thema äußern nicht so einfach zu sein. Denn um all den Problemen der einzelnen Mitgliedsstaaten gerecht zu werden, bedarf es mehr als das kombinieren wirtschaftlicher Erkenntnisse und Ideen. Ein Portion Menschlichkeit, diplomatischem Geschick und Fingerspitzengefühl ist gefordert.

Auch im „Ländle“ muss der Haushalt saniert und gleichzeitig dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirkt werden, da diese unser wichtigstes Wirtschaftskapital darstellen.

## Schulbauförderung: höchster Zuschuss im Regierungsbezirk für den Kreis Ravensburg

Der SPD-Kreisverband Ravensburg ist erfreut über die finanziellen Zuschüsse des Landes für den Neubau der Grundschule Aulendorf sowie die Sanierung und Erweiterung des Spohn-Gebäudes in Ravensburg. Wie das Kultusministerium in Stuttgart am Donnerstag bekannt gab, werden die Baumaßnahmen am Gebäude des Spohn- und Albert-Einstein-Gymnasiums mit 2.285.000 Euro bezuschusst, was über 54% des Bauaufwands ausmacht. Für den Neubau der Grundschule Aulendorf stellt das Land 271.000 Euro bereit und deckt somit 38% des Bauaufwands ab.

Der SPD-Kreisvorsitzende Felix Rückgauer kommentiert: „Schulgebäude sind für Kinder und Jugendliche ein Teil ihres Lebensraums. Die Landesregierung beweist mit der Bereitstellung



Verkürzte Ausbildungszeiten oder das Austauschen und Verschieben von freigestellten Fachkräften in andere Branchen ist sicher der falsche Weg. Was wir benötigen ist eine gerechte und ausgewogene Sozial-, Familien- und Bildungspolitik die möglichst allen Menschen in diesem Land zugutekommt.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich schöne, erholsame Sommertage

Christel Ulmer

Ortsvereinsvorsitzende



Foto: Andreas Praefke

dieser Gelder, dass sie ein ganzheitliches Konzept für die Qualitätssicherung im Bildungsbereich hat. Und es zeigt sich: grün-rot ist ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden“.

*(PM Kreisverband Ravensburg)*

## Termine

- 15.09.2012, 14 Uhr  
Gasthaus "Post", Wolfegg  
Wahlkreismitgliederversammlung zur Nominierung einer/eines Bundestagskandidatin/-kandidaten im Wahlkreis 294 Ravensburg
- 29.09.2012  
Landesparteitag in Wiesloch
- 02.10.2012  
Vortrag "Wege zur Deutschen Einheit"
- 25.10.2012, 20 Uhr  
Café im Heilig Geist Spital  
"SPD und christliche Kirchen.  
Was verbindet, was trennt sie?"

"Hätte man bei der Erschaffung der Welt eine Kommission eingesetzt, dann wäre sie heute noch nicht fertig."

-George Bernard Shaw-

## Alljährlicher Kulturabend der alevitischen Gemeinde Ravensburg

Die alevitische Gemeinde Ravensburg feiert alljährlich einen Kulturabend ganz besonderer Art, zu dem Freunde, Gäste und Referenten zu verschiedenen Themengebieten gerne eingeladen werden.

In diesem Jahr widmeten sich die geladenen Referenten dem Themengebiet „Bildung“. Unter anderem sprach Dr. Cengiz Deniz, Dipl. Sozialpädagoge über die aktuelle OECD Studie und deren Ergebnisse. An Hand dieser Studien konnte er den anwesenden Gästen belegen wie notwendig und wichtig es ist, wenn Eltern ihre Kinder frühzeitig beim Bildungserwerb unterstützen.

Kindertageseinrichtungen, so Dr. Deniz verfügen als erste Gemeinschaftseinrichtungen über ein qualitativ gutes Bildungsangebot für Familien aus allen Kulturkreisen. Sie unterstützen Eltern und Kinder nicht nur beim aktiven Zweitspracherwerb, sondern begleiten Eltern aktiv bei Erziehungsfragen und helfen kulturelle Barrieren überwinden. Bildungsangebote in Kindergarten und Schulen zu nutzen und die Motivation des Lernens durch Eltern unterstützt erweist sich als nachhaltige Zukunftsinvestition.

Eine Zukunftsaufgabe, der sich die alevitische Kulturgemeinde in Ravensburg in den kommenden Jahren trotz vielfältiger Aktivitäten und Angebote aktiv widmen wird, ist die Tatsache, dass immer noch 38,9% der Kinder in Deutschland lebenden alevitischen Familien über keinen Schulabschluss verfügen.

Dr. Robert Langer von der Universität Heidelberg knüpfte ebenfalls an diese Gedanken an und Muhterem Aras, MdL (Bündnis90/Grüne) fasste

all diese Ergebnisse zusammen und sprach davon, dass Demokratie und Bildung im hohen Maße zusammengehören und dafür Sorge, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter auseinander bewege.

Das Rahmenprogramm wurde im Laufe des Nachmittags und Abends mit weiteren Vorträgen gefüllt. Dazwischen gab es immer wieder musikalische Einlagen und zahlreiche Möglichkeiten miteinander zu diskutieren und im geselligen Rahmen bei gutem Essen und Trinken zusammen zu sitzen.

**Herzlichen Dank an die alevitische Kulturgemeinde Ravensburg und Hasan Gazi Ögütcü für die herzliche Einladung.**

Diese gelungenen Veranstaltung trägt jedes Jahr aufs Neue dazu bei nicht nur über Integration zu reden, sondern diese auch aktiv zu gestalten und leben. Die alevitische Kulturgemeinde Ravensburg tut allerlei dafür und ist eines der zahlreichen Beispiele in unserem Landkreis das aufzeigt wie Integration gelingen kann, wenn wir bereit sind über den eigenen Tellerrand zu sehen, aufeinander zugehen, verstehen, uns Respekt entgegenbringen und Toleranz aktiv leben.

In diesem Land ist für uns alle Platz, wenn wir bereits sind Platz zu machen.

Dann wir aus Integration – Inklusion und alle Menschen leben unter einem Dach und wir werden zum „WIR“.

*(CU)*

## Türkischer Akademiker-Verein TAVIR e.V. feiert fünften Geburtstag

Der Türkische Akademikerverein in Ravensburg TAVIR e.V. hat Ende Juni sein 5-jähriges Bestehen mit einer Festveranstaltung in der Zehntscheuer gefeiert. Bei der Podiumsdiskussion mit Ivanka Seitz vom CJD Bodensee-Oberschwaben, Stefan Goller-Martin vom Sozialamt der Stadt Ravensburg, Yalcin Bayraktar Vorsitzender von TAVIR sowie Bülent Arslan Leiter des Imap-Institutes wurden die verschiedenen Facetten von geglückter Integration beleuchtet aber auch deutlich gemacht, wo noch Bedarf besteht. Ein Schwerpunkt ist die Sprachförderung und -entwicklung. Die Moderation hatte Annette Vincenz von der Schwäbischen Zeitung. Auch die Festvorträgen von OB Dr. Daniel Rapp und Ministerialdirektor Manfred Stehle als Vertreter von Integrationsministerin Bilkay Öney gingen auf die Chancen und Möglichkeiten der interkulturelle Öffnung in Ravensburg ein.

Der Verein TAVIR hat mit seinem öffentlichen Geburtstagsfest wirkungsvoll seine Arbeit und seine Vernetzung präsentiert. Die anwesenden SPD-Vertreter haben den Vertreterinnen und Vertretern von TAVIR angeboten, auch weiterhin konstruktiv zusammen zu arbeiten.

*(IST)*

*Informationen über TAVIR e.V.  
www.tavir-ravensburg.de*

## Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

### August

15. Günther Biegert 72.  
18. Metin Zerman 30.

### September

09. Wolfgang Moers 72.  
13. Tobias Schäfer 25.  
22. Erika von Szczepanski 76.  
23. Franz Roth 74.

(Runde Geburtstage, "5er" Geburtstage, 70 und höher)

## Abgeordnete



**Martin Gerster, MdB**

Poststr. 7, 88400 Biberach  
Tel. 07351/3003000  
Fax 07351/3003001  
martin.gerster@wk.bundestag.de  
www.martin-gerster.de



**Martin Rivoir, MdL**

Söflinger Straße 145  
89077 Ulm  
Tel. 0731 / 3989700  
Fax 0731 / 3989701  
martin.rivoir@spd.landtag-bw.de  
www.martin-rivoir.de

## NaturFreunde Ravensburg feierten 100-jähriges Bestehen

Die NaturFreunde Ravensburg hatten am 23.06.2012 zur Festveranstaltung „100 Jahre NaturFreunde Ravensburg in die Zehntscheuer geladen. Die Veranstaltung begann mit einem Frühschoppen und bis zum Sketch „Hüttengaudi“ war der Saal rappellvoll. Die 8 vereinseigenen Darsteller brachten den Saal ein erstes Mal zum Kochen. Vorsitzender Gerhard Kleinheinz begrüßte dann die Gäste mit dem Spruch: Das Beste am Baum sind die Äste, das Beste am Fest sind die Gäste. Von denen durfte er neben den Jubilaren jede Menge Ehrengäste begrüßen. Allen voran Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, die SPD Vorsitzende Christel Ulmer, und Bergwachtvorsitzender Ralph Grad. Von den NaturFreunden waren gekommen der Stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg, sowie Vertreter und Abordnungen aus Vorarlberg, der Schweiz und Baden, sowie der Ortsgruppen Friedrichshafen, Lindau und Weingarten-Baienfurt.

Gerhard Kleinheinz erinnert nochmals an die Wurzeln der Arbeiterbewegung und die Entstehungsgeschichte der NaturFreunde, die in der Zeit der industriellen Revolution 1895 in Wien ihren Anfang nahm. Die Idee schwappte über in den Westen, und so wurde dann auch 1912 die Ortsgruppe Ravensburg gegründet.

Schon im Zeitalter des beginnenden Tourismus bemühten sie die NaturFreunde, einer breiteren Bevölkerungsschicht naturnahe und

kostengünstige Freizeit- und Reiseaktivitäten zu ermöglichen. Ihre Basis war schon seit jeher freundschaftliches Miteinander, unter Einbindung aller Randgruppen, attraktive und zeitgemäße Freizeitaktivitäten sowie der schonende Umgang mit der Natur und Umwelt. In ihrer Satzung bekennen sich die NaturFreunde zum demokratischen Sozialismus und sind somit abzugrenzen von überwiegend bürgerlichen Gebirgs- und Wandervereinen.

Alle Redner kamen auch darauf zu sprechen, wie aktuell die Themen des Vereins noch seien, denn viele der alten Probleme sind geblieben in unserer Gesellschaft. Das erste Grußwort war Dr. Daniel Rapp vorbehalten, der in einer beeindruckenden Rede erkennen ließ, dass er sich erstaunlich gut über die Naturfreunde informiert hatte. Zwischen den Grußworten wurde ein Präsentationsvideo der NaturFreunde Ravensburg gezeigt mit Bildern von allen Gruppen und Aktivitäten, das aufzeigte, dass bei Weitem nicht nur gewandert wird. Danach wurde kochte es wieder im Saal, denn das Bläserquartett HeiliXBleche mit Frontmann Barny Bitterwolf mit Witz, Musik und a capella heizte wieder kräftig ein. Alle Gäste waren sich am Ende einig, das war ein gelungenes und tolles Fest.

*Gerhard Kleinheinz  
NaturFreunde Ravensburg*

## Vorhang auf zum "Sommertheater Betreuungsgeld"

### Prolog

Ab August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Entsprechend dem Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2010 von Union und FDP soll im Gegenzug im Januar 2013 das Betreuungsgeld eingeführt werden. Dies soll allen Müttern und Vätern zugutekommen, die sich in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes zu Hause in Vollzeit der Erziehung widmen und ganz bewusst keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Dies wird den Staat 1,2 Milliarden Euro kosten. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder macht sich an die Arbeit.....

### 1. Akt – .... 1 Jahr später

Kristina Schröder verteidigt in der aktuellen Stunde am 09. November 2011 im Bundestag die geplante Einführung des Betreuungsgeldes. Ein Gesetzentwurf liegt nicht vor!

### 2. Akt – Anfang Mai 2012

Seither schwelt der Streit in der Koalition um die geplante Einführung des Betreuungsgeldes. Die CDU ist gespalten, die FDP lehnt es ab, fordert sogar einen Volksentscheid. Diverse Unionsabgeordnete fordern die Ministerin unmissverständlich auf

schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen.

### Intermezzo

Die EU zeigt der Bundesregierung in Sachen „besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ die gelbe Karte und spricht sich in ihrem Gutachten „Bewertung des Nationalen Reformprogramm.....2012“ ebenfalls gegen das Betreuungsgeld aus und sieht es als völlig falschen Anreiz. Zumal der drohende Fachkräftemangel dadurch weiter verstärkt würde und vor allem Frauen in die Altersarmut führen würden.

### 3. Akt - Der Streit geht weiter und eskaliert....

15. Juni 2012 – Eklat im Bundestag bei der 1. Lesung des Gesetzentwurfes – die Sitzung muss abgebrochen werden. Der Zeitplan der Koalition das Gesetz noch vor der Sommerpause in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden, ist damit hinfällig. Daraufhin droht Horst Seehofer / CSU mit dem Bruch der Koalition, sollte die Einführung des Betreuungsgeldes nicht wie im Koalitionsvertrag vereinbart kommen.



**NaturFreunde Ravensburg**  
**Gerhard Kleinheinz**  
Vorsitzender  
Wangener Str. 98  
88212 Ravensburg  
Tel. 0751/22798  
mail@naturfreunde-  
ravensburg.de  
www.naturfreunde-  
ravensburg.de



**Christel Ulmer**  
Vorsitzende  
SPD Ravensburg

**4. Akt** - Auch andere melden sich zu Wort. Im neuen Bildungsbericht von Bund und Länder warnen unabhängige Wissenschaftler ebenfalls vor der Einführung des Betreuungsgeldes. Sie fürchten insbesondere für Familien aus bildungsfernen Schichten falsche Anreize, ihr Kleinkind in keine Kita zu geben. Zahlreiche Verbände wie die AWO oder die Caritas der Diözese Rottenburg-Stuttgart sehen dies genauso und laufen Sturm gegen die geplante Einführung. Auch etliche Umfragen der letzten Wochen bringen immer wieder dasselbe Ergebnis zu Tage - eine klare Mehrheit der Bundesbürger lehnt das geplante Betreuungsgeld ab und würde die Gelder lieber den Kindertageseinrichtungen zukommen lassen.

Unter [www.neinzumbetueuungsgeld.de](http://www.neinzumbetueuungsgeld.de) haben viele Bürgerinnen und Bürger des Landes ihr klares „Nein“ schriftlich auf einer endlosen langen Unterschriftenliste kundgetan.

**5. Akt** - das Drama geht weiter.....

am 28. Juni 2012 erfolgte die 2. Lesung im Bundestag und damit geht das Theater in der Sommerpause weiter..... wir sind gespannt.....

- Pause -

#### Ausblick

Leider wird die Inszenierung noch eine Weile andauern, weil es zahlreiche Lobbyisten und Platzhirsche innerhalb der Koalition gibt, die es vorziehen endlose, gesellschaftsspaltende Diskussionen und Debatten zu führen, statt sich den Tatsachen und realen Gegebenheiten zu stellen und diese anzuerkennen.

## Bewerbungsschreiben von Hannes Munzinger um die Kandidatur für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 294 Ravensburg

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“ sagte einst Willy Brandt. In naher Zukunft, im nächsten Jahr steht eine Bundestagswahl bevor, die eine Richtungsentscheidung für einen ganzen Kontinent bedeuten kann. Wir können die Richtung nicht voraussagen, aber wir können heute schon beginnen, sie zu gestalten.

### Ich bewerbe mich mit diesem Schreiben um die Kandidatur für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 294 Ravensburg.

In den letzten Wochen bin ich von verschiedenen Mitgliedern des Kreisverbandes gefragt und motiviert worden, mich um die Kandidatur zu bewerben. Auch der Kreisvorstand hat dies in seiner letzten Sitzung begrüßt.

Wer bin ich, was will ich? – einige Antworten:

#### Einstehen für Europa!

Europa steht vor einer Zerreißprobe: Die Währungsunion laboriert an Geburtsfehlern und gefährlich hoher öffentlicher Verschuldung einzelner



#### Fazit

Es ist an der Zeit eigennützige Ziele beiseite zu stellen und sich dem eigentlichen politischen Auftrag zu widmen. Zunächst müssen bestehende Zusagen erfüllt, dem Fachkräftemangel entgegen getreten, die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessert und der qualitative Ausbau gefördert werden. Denn darin sind sich außerhalb der Koalition alle einig, dies sei in einer ersten Etappe wichtiger sei als die Einführung des Betreuungsgeldes und kämme allen Familien dieses Landes zugute. Somit würde sich der „Vorhang“ schließen und die Inszenierung hätte zumindest ein Ziel erreicht: die politischen Entscheidungsträger nach der Vorstellung zum Nachdenken zu bringen.

*Christel Ulmer*



**Hannes Munzinger**

Beisitzer im Jusos-Kreisvorstand  
stellv. Vorsitzender SPD  
Kreisverband Ravensburg

Tettlinger Str. 45/1  
88214 Ravensburg  
Tel. 0172/9788757  
[Hannes@Munzinger.de](mailto:Hannes@Munzinger.de)

**Dieses Vertrauen neu zu schaffen ist die große politische Aufgabe dieser Zeit!** Aber auch im Kleinen, im Alltag müssen wir Sozialdemokraten für ein geeintes und gestärktes Europa werben. Ich will dies mit aller Kraft tun!

### **Eine neue Orientierung!**

Die Sozialdemokratie ist nicht mehr allein die Partei des kleinen Mannes. Sie ist vielmehr eine Gesinnung, die über gesellschaftliche Grenzen hinweg für eine solidarische Werteordnung einsteht. Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität neu vermitteln. Nur durch alltägliche Rückbesinnung, alltägliches Vorleben dieser Werte kann die SPD in Zukunft stark sein.

### **Arbeit gerechter gestalten!**

Prekäre Jobs nehmen seit Jahren zahlenmäßig zu, Leiharbeitsverhältnisse werden ausgenutzt und befristete Arbeitsverträge sind in allen Branchen gang und gäbe. Für mich ist klar:

Lebensplanung kann man nicht befristen, nur „geliehene“ Arbeitskraft muss eine Ausnahme bleiben und guter Lohn für gute Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Deshalb brauchen wir den flächendeckenden Mindestlohn genauso wie wirtschaftspolitische Anreize für Unternehmer, diese Probleme mit anzugehen. Soziale unternehmerische Verantwortung, wie ich sie beispielsweise aus dem Unternehmen meiner Eltern kenne, muss politisch gefördert und zur Selbstverständlichkeit werden. Auch im wirtschaftlich starken Oberschwaben müssen diese Themen diskutiert werden - dies will ich anstoßen!

Gerade meine Generation steht vor besonderen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Auch deshalb verdient sie eine Stimme im Deutschen Bundestag.

### **Der Wahlkämpfer**

Im Herbst 2001 erhielt ich eine Anstellung im Wahlkampf-Team der SPD Baden-Württemberg und damit die Chance, die Kampagne für die Landtagswahl 2001 mitzugestalten. Ich betreute Kandidaten in unterschiedlichen Landesteilen, verfasste unzählige Dokumente zur politischen Kommunikation und war in der "heißen Phase" an der Seite unseres Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid als persönlicher Begleiter im ganzen Land unterwegs.

Ich habe dort nicht nur an Erfahrung und unzählige Kontakte gewonnen, sondern auch politische und persönliche Freundschaften geknüpft. Und ich habe wieder festgestellt: Ich bin ein leidenschaftlicher Wahlkämpfer. All das will ich einbringen, um im Wahlkampf neue Wege zu gehen.

### **Der Übersetzer**

Eine zielsichere Online-Kampagne bietet in unserem Wahlkreis gerade in den städtischen Zentren große Chancen. Ich bin überzeugt, viele neue Wähler durch direkte Ansprache in ihren „digitalen Wohnzimmern“ gewinnen zu können. Politik wird aber nicht alleine dadurch attraktiver, dass sie sich im digitalen Schaufenster präsentiert. **Politik muss immer und immer wieder übersetzt werden!** Und zwar in die Denkweise und Sprache nachfolgender Generationen und

derer, die die Politik noch nicht erreicht. Sprache ist mir ein Herzensanliegen, deshalb will ich auch ein Übersetzer sein. Im Bewusstsein dessen wird es gelingen aufkommende Protestphänomene wie die Piratenpartei zu entlarven und ihrer vermeintlichen Attraktivität zu berauben. Deshalb muss die SPD im Kreis keine Auseinandersetzung mit den anderen Bewerbern fürchten.

### **Frischer Wind für Oberschwaben!**

Ich bin in Ravensburg geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Meine Freizeit habe ich in Fußball- und Tennisvereinen, in Kirchenchören, mit dem Evangelischen Jugendwerk, in der Musikschule und bei den Jusos verbracht. Auch dadurch bin ich vor Ort tief verwurzelt und mit der Region vertraut. Ich möchte mich nach meinem Volkswirtschaftsstudium wieder in und für Oberschwaben einsetzen.

Die Repräsentation unseres Wahlkreises in Berlin ist schwach. Das hat nicht zuletzt das jahrelange Zittern um den Ausbau der B30-Süd bewiesen. Die Menschen fühlen sich politisch abgehängt und von den Abgeordneten vernachlässigt. Erfahren heißt eben oft auch eingefahren. Es ist Zeit für ein neues Gesicht, es ist Zeit Scheuklappen abzulegen, es ist Zeit für einen sozialdemokratischen Abgeordneten!

Ich möchte gemeinsam mit Euch in diesem Wahlkreis etwas anstoßen, eine neue Dynamik in den politischen Diskurs vor Ort bringen und beweisen, dass die Sozialdemokratie auch in dieser traditionell konservativen Region mit einer klugen Strategie und einer besonderen Portion Fleiß erfolgreich sein kann!

Ich bitte dafür um Eure Unterstützung!

*Hanns Tünzler*



Zum Wahlkreis Ravensburg gehören folgende Gemeinden: Achberg, Altshausen, Amtzell, Argenbühl, Aulendorf, Bad Waldsee, Baienfurt, Baidt, Berg, Bergatreute, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Grünkraut, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Isny im Allgäu, Königseggwald, Leutkirch im Allgäu, Ravensburg, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Vogt, Waldburg, Wangen im Allgäu, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolfegg, Wolpertswende

## Martin Gerster erneut für Bundestagskandidatur nominiert

Martin Gerster geht bei der nächsten Bundestagswahl wieder für die SPD im Wahlkreis Biberach ins Rennen. Der 40-jährige Biberacher erhielt bei der Nominierungskonferenz am Samstagabend in Biberach 28 von 29 Delegiertenstimmen. Gerster freute sich über das klare Votum: „Ich werte das als Anerkennung für meine bisherige Arbeit und Rückenwind für die nächste Wahl.“



Freude nach der gelungenen Nominierung: Für die nächsten tausend Hausbesuche im Sommer und den weiten Weg nach Berlin gab's neues Schuhwerk von Eugen Bauer, dem Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Rottal. Gerster dankte augenzwinkernd: "Der ist wahrscheinlich eine Nummer zu groß für mich!"

## Wahlrecht verfassungswidrig: "Schwere Klatsche für Merkel"

**SPD- Generalsekretärin Mast: "Damit wird der skandalösen Schiefelage gerade in Bezug auf Baden- Württemberg ein Riegel vorgeschoben."**

Die Landes- SPD hat das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nachdem das geltende Wahlrecht für Bundestagswahlen verfassungswidrig ist, als "guten Tag für die deutsche Demokratie" bewertet. "Damit wird der skandalösen Schiefelage gerade in Bezug auf Baden- Württemberg ein Riegel vorgeschoben", erklärte SPD- Generalsekretärin Katja Mast.

Die SPD- Politikerin bezeichnete das Urteil als „schwere Klatsche für Merkel“ und erinnerte daran, dass es CDU und FDP waren, die diese verfassungswidrige Wahlrechtsreform 2011 „auf Gedeih und Verderben“ durchgeboxt hatten, ohne Vorschläge der Opposition in Erwägung zu ziehen. „Diese Arroganz der Macht ist nur mit parteipolitischen Kalkül zu erklären“, so Mast.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 seien von insgesamt 24 Überhangmandaten, die damals alle an die CDU/CSU gingen, sage und schreibe zehn aus Baden- Württemberg gekommen, verdeutlichte die Generalsekretärin – also über 40 Prozent. „Das hat mit dem Gleichheitsgrundsatz in unserer Demokratie und der vom Grundgesetz garantierten Chancengleichheit nichts mehr zu tun“, so Mast.

Schwarz- Gelb sei jetzt gefordert, die Initiative zu ergreifen, um noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr ein neues Wahlrecht beschließen zu können. „Wir stehen für schnelle Gespräche bereit, denn unsere Vorschläge liegen seit langem auf dem Tisch“, so Katja Mast. „Gut, dass Merkels Machtmissbrauch nun eine Ende hat.“

*Übernommen von [www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)*



**Katja Mast, MdB**

SPD Generalsekretärin des SPD Landesverband Baden-Württemberg

## CDU-Parteitag: "Strobl und Hauk dürfen sich nicht wegducken"

**SPD- Generalsekretärin Mast: "Nur in Sack und Asche zu gehen reicht nicht - sie standen die ganze Zeit an der Seite von Mappus."**

SPD- Generalsekretärin Katja Mast hat die CDU in Baden- Württemberg vor deren Landesparteitag am Samstag in Karlsruhe dazu aufgerufen, im Interesse der Menschen in Baden- Württemberg "endlich klar Schiff" zu machen und "den Eiertanz" in den eigenen Reihen zu beenden. "Die CDU hat am Parlament vorbei den Milliardendeal zur EnBW eingetütet. Demut und Entschuldigung wären angemessene Reaktionen. Nur wer die Vergangenheit aufarbeitet, kann glaubwürdig Politik nach vorne machen", so Katja Mast.

„Es reicht einfach nicht, à la Thomas Strobl immer wieder die schweren Zeiten zu betonen und in Sack und Asche zu gehen. Wer im politischen Hier und Jetzt eine Rolle spielen will, muss sich seiner Verantwortung stellen. Das ist das Mindeste“, so die SPD- Generalsekretärin. „Strobl und Hauk

dürfen sich nicht wegducken. Die Menschen in Baden- Württemberg erwarten zu Recht, dass der Landes- und der Fraktionschef der CDU zu ihrer Verantwortung stehen“, so Katja Mast. Schließlich seien sie jahrelang an der Seite von Mappus gestanden und hätten ihn unterstützt. „Ich wundere mich schon sehr, wie das jetzt fadenscheinig ausgeblendet wird.“

Das Schlechtreden der öko- sozialen Politik im Land bezeichnete die SPD- Generalsekretärin als ein reines Ablenkungsmanöver. „Die Menschen spüren sehr genau, dass sich vieles verändert hat. Es wird nicht mehr über, sondern mit ihnen regiert. Die Arroganz der Macht ist aus den Ministerien ausgezogen. Zur Glaubwürdigkeit in der Politik und einer ehrlichen Selbstkritik gehört auch, sich den Realitäten zu stellen. Das ist bei der CDU Baden- Württemberg nicht zu erkennen“, so Katja Mast.

*Übernommen von [www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)*

# Wir machen den Weg frei - Der steinige Weg zur Ravensburger Gemeinschaftsschule

## Stellungnahme von Ortschafts- und Gemeinderat Rainer Frank

Unter der CDU geführten Landesregierung wurde die Reform des dreigliedrigen Schulsystems nicht ernsthaft angegangen. Zwischenzeitlich war die Hauptschule zur Restschule degradiert worden. Nur der stetig zunehmende Druck der Eltern und der Kommunen als Schulträger zwang die Landesregierung zu Nachbesserungsversuchen. Handwerk und Industrie wiesen ihrerseits auf die Probleme mit Lehrstellenbewerbern aus der Hauptschule hin. Für den Ausbildungsmarkt waren die Bewerber häufig zu jung und zu wenig qualifiziert, beziehungsweise zu schlecht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Die Schüler und deren Eltern empfanden sich stigmatisiert mit dem Makel der Erfolgs und Perspektivlosigkeit.

Die sogenannten Hauptschulrebelln, eine Interessengemeinschaft engagierter Hauptschulrektoren vorwiegend aus Oberschwaben, haben diese Problematik früh erkannt und mit viel Herzblut und Mut ein radikales Umsteuern gefordert. Das CDU Kultusministerium war aber nicht bereit, das bestehende dreigliedrige Schulsystem in Frage zu stellen bzw. neue pädagogische Unterrichtskonzepte aufzunehmen. Im Gegenteil, es wurde vom Kultusministerium ein völlig unsinniges Hauptschulstärkungsprogramm aufgelegt. Dieses Programm verpuffte völlig wirkungslos, denn es ignorierte die wirklichen Probleme vollständig.

In der Folge wurde der Druck der Kommunen als Schulträger auf die Landesregierung immer drängender, denn Städte und Gemeinden sahen ihre Hauptschulen vor dem Aus. Keine Stadt oder Gemeinde kann ihren Bürgern einen solchen Exodus erklären, ohne eine konstruktive Alternative anbieten zu können. Deswegen forderten sie vehement neue Lösungsansätze ein. Die Antwort der Landesregierung auf diese Frage war die "Wunderwaffe" Werkrealschule. Schulträger und Hauptschulrektoren bemühten sich intensiv darum diesen Status einer Werkrealschule zu erlangen.

Dies war nicht dem überzeugenden pädagogischen oder strukturellen Konzept geschuldet, sondern der puren Not: nämlich der Tatsache, dass diejenigen Hauptschulen, die sich nicht zur Werkrealschule weiterentwickeln konnten, vor dem Aus standen. Die Erlangung des Status einer Werkrealschule war also in erster Linie ein Schulerhaltungsprogramm. Die parallel geführten Bemühungen der Hauptschulrebelln aus Oberschwaben mit ihrem Protagonisten Rudi Bosch alternative Schul- und Unterrichtskonzepte über

den Weg von Modellschulen oder Schulmodellen zur Genehmigung zu bringen, blieben im Ergebnis erfolglos. Das Kultusministerium war zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Aber auch im Ravensburger Gemeinderat fand sich immer wieder eine Allianz von Gegnern einer Modellschule, die das Fortkommen derselben zu verzögern suchte.

Die Landtagswahl von März 2011 brachte einen entscheidenden Wendepunkt. Die neue, grünrote Landesregierung machte rasch den Weg frei für die Gemeinschaftsschule baden-württembergischer Ausformung. In Ravensburg wurde die Erwartung der Modellschulförderer zunächst insofern enttäuscht, als dieses Modell aufgrund der großen inhaltlichen Nähe zur kommenden Gemeinschaftsschule seitens des Kultusministerium für nicht genehmigungsfähig bewertet wurde. Eine Modellschule muss sich, wie es den etwas überraschten Ravensburgern mitgeteilt wurde, programmatisch deutlicher von einer bestehenden (kommenden) Schulform unterscheiden, um genehmigungsfähig zu sein. Andererseits muss betont werden, dass die Gemeinschaftsschule viele Elemente der Ravensburger Modellschule übernommen hat.

In der Folge wurde das zeitliche Vorgehen und das Bewerbungsverfahren für teilnahmewillige Kommunen präzisiert. Die Bedingungen für eine Genehmigungsfähigkeit, z. Beispiel das pädagogische Konzept und der Nachweis des Raumangebotes, wurden genannt. Hier komme ich auf den speziellen „Ravensburger Weg“, zurück. Dazu muss man wissen: Der Gemeinderat in Ravensburg ist zersplittert, mit einer relativ starken CDU Fraktion ohne eigene Mehrheit. Grüne und SPD sind zusammen in etwa gleich stark wie die CDU. Weitere drei Fraktionen halten ein knappes Drittel der Gemeinderatssitze. Damit wird klar, dass SPD und Grüne auf dem Weg zur Ravensburger Gemeinschaftsschule auf die Unterstützung von Mitgliedern anderer Fraktionen angewiesen sind. Speziell die CDU Fraktion war und ist der Meinung, die Verhinderung bzw. Behinderung der Einführung der Gemeinschaftsschule in Ravensburg sei ein Folgeauftrag aus der verloren gegangenen Landtagswahl.

Dass dieses Verhalten letztlich den Bürgern und den Schülern in Ravensburg schadet, blieb dabei wohl ausgeblendet.

Zwar war man sich letztlich einig die Gemeinschaftsschule starten zu lassen, eine Antragstellung war hiermit noch lange nicht in Sicht. Nach dem Willen von Verwaltung, CDU und weiterer Gemeinderatsmitglieder sollte ein



Rainer Frank

Gemeinderat  
Ortschaftsrat in Eschach

Antrag erst nach Vorliegen des genauen Raumforderungsprogramms sowie der Klärung der Personalausstattung gestellt werden. Einzelne CDU Vertreter verstiegen sich sogar in die Vorstellung am besten abzuwarten bis zur nächsten Landtagswahl, um sicherzustellen ob die Gemeinschaftsschule auch Bestand haben kann. Es entstand nun die skurrile Situation, dass ausgerechnet Ravensburg als Vorreiter der Modellschule und als das Zentrum der Forderung nach einem Paradigmenwechsel in der Schuldiskussion mit keiner Schule in dem Starterschulenverbund von ca. 35 Schulen landesweit vertreten sein sollte. Im Klartext hieße dies, dass in Ravensburg im Schuljahr 2012/13 keine Gemeinschaftsschule an den Start gehen könnte.

Was war geschehen? Die Stadtverwaltung forderte die drei städtischen Werkrealschulen im Spätsommer 2011 auf sich für die Einrichtung als Gemeinschaftsschule zu bewerben. Die Stefan Rahl Schule war frühzeitig am Markt und legte eine vollumfängliche Bewerbung incl. pädagogischem Konzept vor. Auch die Kuppelnauschule bewarb sich für ein Genehmigungsverfahren zur Gemeinschaftsschule, musste aber noch einige Punkte nachliefern. Die Neuwiesenschule hielt sich sehr bedeckt und legte keinen konkreten Antrag vor.

In der Folge entwickelte sich ein sehr unrühmliches Ringen um die Unterstützung der Bewerbungen. Der Eschacher Schule wurde mitgeteilt, dass sie aufgrund der Lage und der baulichen Probleme keine Berücksichtigung finden könne. Für die Kuppelnauschule wurde eine Unterstützung nur bei einer Ausgestaltung als Gemeinschaftsschule aller Klassen von 1 bis 10 in Aussicht gestellt. Das setzte allerdings eine vorherige Fusion von Grund- und Werkrealschule Kuppelna voraus, was bei der Grundschule naturgemäß auf wenig Gegenliebe stieß. So positioniert konnten die Weiterleitung und Unterstützung der Anträge durch die Stadt bequem verzögert werden. Die Zeit verrann und die Bewerbungsfrist lief ab. Zusätzlich wurde die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes als Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen zur Frage des Sein oder Nichtsein hochstilisiert. Dieser Plan lag letztlich erst im Juni 2012 vor.

Die Ortschaftsräte Taldorf und Eschach kamen am 19. Januar 2012 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen um über das Thema Gemeinschaftsschule zu beraten. In dieser Sitzung brachte die SPD Fraktion aus dem Ortschaftsrat Eschach einen eigenen Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Denn aus unserer Sicht war dies die letzte Chance, die Blockade zu durchbrechen und doch noch eine Schule in den Starterverbund zu bringen. Dieser Antrag, der die Einrichtung der Gemeinschaftsschule an der Stefan Rahl Schule zum Schuljahr 2012/13 vorsah, wurde von beiden Ortschaftsräten ohne Gegenstimme unterstützt.



In der folgenden Gemeinderatssitzung legte die Verwaltung dennoch einen völlig unveränderten Beschlussvorschlag vor. Auch in dieser Sitzung wurde ein schriftlicher Gegenantrag von der SPD Gemeinderatsfraktion vorgelegt und nach heftiger Debatte letztlich mit einer Stimme Mehrheit so beschlossen. Dieser Beschluss war der Durchbruch und ein wichtiger Etappensieg. Die Verwaltung war damit gezwungen den Antrag der Stefan Rahl Schule weiterzuleiten. Nach einigem Bangen kam die Genehmigung des Kultusministeriums und die Aufnahme in den Starterschulenverbund. Die Stefan Rahl Schule erhielt völlig überraschend mehr als 50 Anmeldungen. Damit nicht genug. Die Verwaltung erzwang im Mai eine erneute Beratung über den endgültigen Schulstandort weil nach Ansicht der Verwaltung die Investitionskosten in die Bausubstanz nicht finanzierbar sind.

So die Position der Verwaltung. Sie sah sich allerdings trotz mehrmaliger Aufforderung nicht in der Lage, alle anderen Schulgebäude vor der erneuten Beschlussfassung bewerten zu lassen. Damit war der Gemeinderat außerstande unter verschiedenen Alternativen objektiv zu entscheiden. Dennoch fand sich eine Mehrheit für einen erneuten Beschluss, der das Aus der Gemeinschaftsschule in Eschach bringen soll. Damit noch immer nicht genug. In der Julisitzung des Gemeinderates beschloss der Gemeinderat mit Mehrheit eine Festlegung auf den endgültigen Standort der Gemeinschaftsschule direkt nach der Sommerpause. Obwohl die Fraktionen von SPD und Grünen eine vorherige genaue Bewertung aller Schulstandorte auf vergleichbarem technischem Standard als Voraussetzung für eine objektive Entscheidung des Gemeinderates verlangt haben.

Wir können gespannt darauf sein, welche negativen Überraschungen uns die Verwaltung noch präsentieren wird. Unverständlich wie die Verwaltung einer Stadt so gegen den Eltern- und Bürgerwillen agiert.

Never give up – bleibt unser Motto.

**Rainer Frank**

**Impressum:**

**SPD Ravensburg**

**Christel Ulmer**

**Mozartstr. 55**

**88214 Ravensburg**

**Telefon: (0751)35 44 52 1**

**E-Mail: [christel-u@web.de](mailto:christel-u@web.de)**

**Web: [www.spd-ravensburg.de](http://www.spd-ravensburg.de)**

**Redaktion:**

**Brigitte Eichhorn-Schmiedel (BES)**

**Ingrid Staudacher (IST)**

**Christel Ulmer (CU)**

**Volker Petzold (VP)**

**Felix Rückgauer (FR)**

**SPD-Onlinezeitungen**

■ **Roter Turm [spd-ravensburg.de](http://spd-ravensburg.de)**

■ **Roter Seehas [spd-bodenseekreis.de](http://spd-bodenseekreis.de)**

■ **'s Rote Füchle [spd-ehingen.de](http://spd-ehingen.de)**

■ **Bibervision [spd-biberach.de](http://spd-biberach.de)**

